Staats-, Kirchen- und Schuldiener 3 480 000 ℳ und im Etat für 1908 für den gleichen Zweck 3 740 000 ℳ eingestellt worden. Für Gehaltsaufbesserungen werden durch Beseitigung der bisherigen untersten Gehaltsstufen im Jahre 1907 400 000 ℳ und 1908 450 000 ℳ aufgewendet.

* **Der preußische Landtag** hat gestern seine Beratungen wieder aufgenommen. Das Abgeordnetenhaus begann die zweite Beratung des Landwirtschaftsetats. Minister Arnim-Criewen führte aus, man überschätze die Vorteile, die die Landwirtschaft durch den Zolltarif habe; diesen Vorteilen ständen viele Nachteile gegenüber, wie die Erhöhung der Arbeitslöhne. Der Kreb[s]schaden, an dem die Landwirtschaft leide, sei die dauernd zunehmende Verschuldung der Grundbesitzer. Hauptaufgabe sei es daher, die Entschuldung zu ermöglichen, da nur ein schuldenfreier Grundbesitz fähig ist, der ausländischen Konkurrenz standzuhalten. Der Minister besprach kurz die Kolonisierungs- und Ansiedelungsfrage und hob hervor, daß im Etat Mittel zur staatlichen Förderung der Viehzucht angefordert würden; der Minister stellte dann eine Verringerung der Konsumsteuer für Zucker in Aussicht, um die Zuckerindustrie konkurrenzfähig gegenüber dem Auslande zu erhalten. Bis zur Ausführung aller seiner Wünsche und Pläne werde noch ein weiter Weg sein, er hoffe aber, daß das Haus, welches stets Interesse und Verständnis für die Landwirtschaft gezeigt habe, tatkräftig Hand anlegen werde, um die Hindernisse zu beseitigen, die der gesunden Entwickelung der Landwirtschaft entgegenstehen. — Die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses brachte folgende Interpellation ein: 1) Hat die Untersuchung über das auf der Grube Reden am 28. Januar 1907 vorgekommene Unglück ergeben, daß die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Bergleute in den staatlichen Gruben erlassenen Vorschriften beim Betriebe der genannten Grube in den letzten Wochen vor dem Unglück und besonders am Unglückstage beobachtet worden sind? 2) Erscheint es nicht notwendig, die zurzeit geltenden Vorschriften zu verbessern und zu verschärfen, um den vollen Schutz von Leben und Gesundheit der Bergleute zu gewährleisten? 3) Welche außerordentliche Beihilfen gedenkt die königliche Staatsregierung in Anbetracht der ungeheuren Größe und Schwere des Unglücks den davon betroffenen Bergleuten und Hinterbliebenen der Getöteten zuteil werden zu lassen? — Die beiden freisinnigen Parteien des Abgeordnetenhauses brachten folgende Interpellation ein: Ist die Staatsregierung bereit, Auskunft zu geben über die Ursachen des Grubenunglücks, das die Zeche Reden betroffen hat, und was gedenkt die Staatsregierung zu tun, um in Zukunft eine größere Sicherheit gegen derartige Bergwerkskatastrophen zu schaffen? — In der Diskussion über den Etat des Landwirtschaftsministeriums erklärte dann Gamp (freik.), seine Freunde würden den Minister unterstützen. Die Viehpreise seien jetzt stellenweise an die Grenze der Rentabilität für die Landwirtschaft angekommen. Zu den vom Reichskanzler in seinem Silvesterbrief erwähnten wichtigen Kulturaufgaben gehöre vor allem die Hebung der Landwirtschaft. Glatzel (natl.) betont, seine Partei sei stets bereit, die Interessen der Landwirtschaft zu vertreten. Der Etat der Landwirtschaft sei im Verhältnis zum Gesamtetat viel zu dürftig bemessen. Der Redner tritt für eine Reorganisation der Generalkommissionen ein und wünscht die Gleichstellung der Zentralgenossenschaftskasse, die für die Entschuldungsfrage segensreich wirke, mit der Seehandlung; dann seien seine Freunde auch für eine Festsetzung der Entschuldungsgrenze zu haben. Wallenborn (Zentrum) findet gleichfalls den Landwirtschaftsetat zu knapp bemessen. v. Bockelberg (kons.) tritt für die Ausdehnung des Wehrbeitragsgesetzes ein und erklärt, seine Freunde würden in absehbarer Zeit nicht bereit sein, den Zolltarif abzuändern, welchen der Minister als vorübergehende Erscheinung bezeichnet habe. In der Verfolgung seiner Pläne werde der Minister die Konservativen an seiner Seite sehen. Der Landwirtschaftsminister erwidert dem Vorredner, er habe vom Zolltarif als einem provisorischen Walle gesprochen; es könnten Zeiten kommen, wo eine andere Parlamentsmehrheit die Regierung zwingen könnte, vom System der Zölle wieder abzugehen. Die jetzigen Schutzzölle reichten aus, um eine Verschuldung der Landwirtschaft zu beseitigen. Goldschmidt (Freis. Volksp.) führt aus, die Zölle nützten der Landwirtschaft nichts, da sie gleichzeitig eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel und des Grund und Bodens mit brächten. Redner tritt für Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens ein. Auf Anregungen mehrerer Redner erwidert der Minister, die Frage der obligatorischen Versicherung für ländliche Arbeiter sei noch nicht spruchreif. Das Gesetz über die Generalkommissionen sei fertiggestellt, nun hinzugekommenes Material erfordere aber zur Bearbeitung noch einige Zeit. Bodelschwingh (Wildkons.) spricht seine Freude darüber aus, daß eine frische Morgenluft durchs Vaterland geht und dankt dem Minister, daß er für den kleinen Mann sorge. Eigene deutsche Scholle sei die erste Bedingung zur Genesung des Vaterlandes. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

* **Dernburg**, der stellvertretende Kolonialdirektor, hat sich gestern in einen kurzen, bis zum Anfang der Reichstagsverhandlungen dauernden Urlaub begeben, den er im Oberhof verleben wird.

* **Der polnische Schulstreik** in Westpreußen geht langsam aber ständig zurück. Zur Zeit befinden sich noch 241 Schulen mit 7719 Kindern im Ausstand.

* **Sächsischer Wahlprotest.** Gegen die Wahl im 4. sächsischen Kreise, Dresden-Neustadt, soll von den bürgerlichen Parteien Protest eingelegt werden. Es ist festgestellt worden, daß bei der Hauptwahl für mehr als 170 Wähler, die zum Teil abwesend, zum Teil krank waren, das Wahlrecht von anderer Seite ausgeübt worden ist. Wenn sich das bestätigt, so würde die Wahl allerdings möglicherweise für ungültig erklärt werden müssen, da der Sozialdemokrat nur mit wenigen Stimmen Mehrheit gesiegt hat.

dr. **Wie's trefft.** Die „Straßburger Post" teilt folgendes kleine Begebnis mit:

„Bis heute früh waren die Schaufenster der sozialdemokratischen „Freien Presse" noch mit den bekannten abscheulichen Bildern vollgehängt, in welchen katholische Geistliche auf höchst verletzende Art dargestellt waren. Diese demoralisierenden Bilder machten den Hauptteil der Schaufenster aus. Und jetzt — sind sie verschwunden! Honny soit qui mal y pense! —"

Nun, es hat ja auch gefruchtet. Straßburg Stadt hat seinen sozialdemokratischen Vertreter erhalten. Die Garantie, daß die Schaufenster des nach der Wahl für ein paar Tage gereinigt wurden, genügte dem Zentrum. Wieder ein Beleg, daß die katholische Volksseele ins Kochen kommt oder demütig verzeihend die allergrößten Schmähungen ihrer heiligsten Güter und Einrichtungen hinnimmt, ganz, wie's von oben befohlen wird.

S. u. H. **Die internationale Sozialdemokratie und das Frauenstimmrecht.** Die Sozialdemokratie aller Länder hat bekanntlich das Frauenstimmrecht im Programm, aber diese Frage wird sehr oft „aus taktischen Gründen" gerade in entscheidenden Momenten „zurückgestellt". So ist in Holland, Belgien, Schweden, Oesterreich und Ungarn gehandelt worden. Auf der Mannheimer sozialdemokratischen Frauenkonferenz (September 1906) wurde namentlich die Haltung der österreichischen Partei in dieser Frage getadelt. Bebel verwies in der Diskussion darauf, daß der Internationale sozialistische Kongreß zu Stuttgart, der vom 18. bis 24. August tagen wird, Gelegenheit bieten würde, zur Frage des Frauenstimmrechts prinzipiell und international Stellung zu nehmen. Jetzt ist die provisorische Tagesordnung festgestellt worden, — vom Frauenstimmrecht ist aber, wie Fräulein Dr. jur. Anita Augspurg in der „Zeitschrift für Frauenstimmrecht" feststellte, kein Wort darin zu finden! Die österreichische „Arbeiterinnenzeitung" rügt es, daß auch in den Berichten über die Verhandlung des Internationalen Bureaus zur Festsetzung der Tagesordnung kein Wort darüber zu finden ist. Die Oesterreicherinnen hatten bestimmt erwartet, daß die deutsche Partei einen dahinzielenden Antrag stellen würde. Bis 1. April 1907 ist es noch möglich, weitere Anträge zur Tagesordnung zu stellen. Die österreichischen Genossinnen werden daher an das Internationale Bureau den Antrag einsenden, die Frage auf die Tagesordnung des Stuttgarter Kongresses zu setzen und hoffen auf die Unterstützung der Genossinnen anderer Länder. „Bei den deutschen Sozialdemokratinnen", so bemerkt Dr. Anita Augsburg dazu, „leider wohl umsonst, denn Clara Zetkins sanfte Kitschen-Natur hat ja schon bei früherer Gelegenheit ungefragt gelobt, daß die speziellen Frauenforderungen immer vor den allgemeinen parteitaktischen Erwägungen zurücktreten sollten, ungeachtet des Erfurter und Eisenacher und des Internationalen Programms."

* **Der deutsche Holzarbeiterverband und die Streiks.** Die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen Deutschlands veröffentlicht ein interessantes Schriftstück des deutschen Holzarbeiterverbandes, das ihr auf den „Redaktionstisch" geflogen ist. In diesem Schriftstück warnt der deutsche Holzarbeiterverband (Sitz Stuttgart) davor, daß die Zeit der wilden Streiks wiederkehre, wie man noch weitere „aus teilweise ganz geringfügigen Ursachen plötzlich" begonnene Streiks befürchten müsse. Das gewerkschaftliche Organ fordert denn auf, bei allen Differenzen zunächst die Lokalverwaltung anzurufen und mindestens das Eintreffen des Gauvorstandes abzuwarten, ehe ein Beschluß über Einstellung der Arbeit gefaßt werden dürfe. Dabei sagt das genannte Organ wörtlich: „Die gegenwärtige Zeit zwingt uns, besonders streng an den bestehenden Vorschriften festzuhalten. Im Jahre 1906 sind die Ausgaben der Hauptkasse für Streikunterstützung riesenhaft gewachsen. Sie haben sich gegen das Jahr 1905, welches bekanntlich schon eine Unterbilanz gebracht hatte, noch um nicht weniger als 60 Proz. vermehrt und damit die gewaltige Summe von rund 1 200 000 ℳ erreicht." Weiter erwähnt das Schreiben, daß sich wie ein schweres Gewitter die Vorboten einer Machtprobe mit der Organisation der Arbeitgeber vor dem Verband zusammengezogen haben und schließt daran die Mahnung, keine Streiks ohne Genehmigung des Verbandsvorstandes zu inszenieren. Das Arbeitgeberorgan, das jenes Schriftstück veröffentlicht, bemerkt zu diesen Eingeständnissen: „Lassen wir uns in Zukunft niemals mehr verblüffen! Und wenn auch die andere Seite noch so gewaltig tut und sich das Ansehen gibt, als wenn die zur Verfügung stehenden Mittel schier unerschöpflich seien, — das alles sind nichts als Einschüchterungsmittel, die in der Folgezeit ihren Zweck verfehlen müssen." —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* **Bulgarischer Besuch.** Der Kaiser empfing den bulgarischen Minister des Aeußern Dr. Stanoow in besonderer Audienz.

* **Wahlvorbereitungen.** Mitte Mai erst werden die Neuwahlen in das österreichische Abgeordnetenhaus vorgenommen werden. Lange Zeit brauchen diesmal die Vorbereitungen der Behörden, werden doch die Wahlen auf Grund eines ganz neuen Wahlgesetzes stattfinden. Dem ungewohnten Neuen entspricht aber auch die Art der Wahlarbeit. Die meisten Parteien stehen bereits in voller Rüstung auf dem Kampffelde. Die Bewerberfrage ist in den meisten Fällen längst geklärt, da hat man nicht erst das Ende des alten Parlaments abgewartet. Die Zahl der neuen Männer überwiegt naturgemäß die der alten. Der adelige Großgrundbesitz wird im neuen Hause nur spärlich vertreten sein, nur durch jene Standesgenossen, die es durch rechtzeitigen Anschluß an eine Partei verstanden haben, die unmehr unbedingt notwendige Voraussetzung für den Mandatsbesitz zu schaffen, d. h. „Fühlung mit den Völkern" zu nehmen. Ausscheiden muß auch noch eine zweite Gruppe „privilegierter" Mandatsbesitzer, die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern. Das waren bequeme Mandate, die von 32 Kammerräten gegeben wurden, für die man also bloß 17 Stimmen brauchte, um sie zu erwerben und durch jahrelange Jahre ohne jede Aufregung besitzen zu können. Die Vertreter der Handelskammern werden mit dem größeren Teile der großen Grundbesitzer verschwinden, deren Wiedererscheinen erst eine spätere Zeit ermöglichen wird, bis sich die Gegensätze verloren haben werden, die das künstliche Kurienwahlrecht geschaffen hat. Das bisherige Privilegium der Großgrundbesitzer und Handelskammerräte bei den Wahlen wird jetzt diesen Vertretern des großen Besitzes und der großen Steuerkraft zum Schaden. Von den 452 bisherigen Abgeordneten werden kaum mehr als 200 ernstlich wieder kandidieren. Mehr als die Hälfte der alten Abgeordneten scheidet bestimmt aus, dazu kommen aber noch 91 neue Mandate der neuen Wahlordnung, es werden also mehr als 300 neue Gesetzgeber im ersten Hause des allgemeinen und gleichen Wahlrechts erscheinen. Das ist ein bedeutsamer Faktor. Die durch die neue Ordnung gründerten Verhältnisse bedingen aber auch große Verschiebungen unter den Parteien. Kaum der Großgrundbesitzer, denen es im alten Hause gleich gut geht, wird das neue Haus überhaupt nicht kennen; diese sind durch die neue Wahlordnung beseitigt. Sie bildeten oft das Zünglein an der Wage im nationalen Streite. Soll diese Rolle sofort etwa die Sozialdemokratie übernehmen? Sie tut sie, als ob sie allein des großen Rätsels Lösung wüßte und imstande war, die Nationalitätenfrage zu lösen. 50 Mandate glaubten die Sozialdemokraten sicher zu erhalten. Das war vor 14 Tagen, vor den Wahlen in den Deutschen Reichstag. Am 26. Januar standen die Aktien bedeutend tiefer, und wenn man sich die kleine Gruppe am linken Flügel des Hauses besah, wußte man auch sofort, daß ihr etwas sehr Unangenehmes zugestoßen sein müsse. Die österreichischen Genossen haben sehr stark — mitgeschlagen. Sie atmen aber, daß der 25. Januar im Reiche auch seinen Rückschlag auf Oesterreich ausüben werde. Die Agitationskraft der Sozialdemokraten wird nicht schwächer, aber die der bürgerlichen Parteien wird stärker werden, und darin wird sich der Rückschlag der deutschen Reichstagswahlen auf unsere Wahlen äußern. — Auf ihren Parteitage haben die Sozis beschlossen, in allen deutschen Wahlbezirken Kandidaten aufzustellen, auch in den rein ländlichen. In den nichtdeutschen Wahlkreisen hinwegen sollen nur dort Bewerber nambaft gemacht werden, wo Aussicht auf Erfolg ist, also nur in industriellen Kreisen.

* **Deutsches Geld für tschechische Zwecke.** Unser Prager Korrespondent schreibt uns: Damm sind die Tschechen nicht, das muß man ihnen lassen. Bei jedem Ding suchen sie etwas für sich zu ergattern. Da gibt es in Böhmen Waisenkassen. Sie unterstehen dem Bezirksrichter und werden von den landesfürstlichen Steuerämtern verwaltet. Sie haben den Zweck, das Vermögen der Pupillen nutzbringend und sicher anzulegen. Bisher gaben alle Kassen zusammen nur kleine Ueberschüsse, welche zugunsten armer Kinder des Bezirkes verwendet wurden. Der Ueberschuß für das Jahr 1906 aber beträgt bei allen Kassen zusammen mehr als 600 000 Kronen. An diesen partizipierten die Kassen der deutschen Bezirke mit 59 Prozent, die der tschechischen mit 41 Prozent. Jetzt wird nun von tschechischer Seite der Antrag gestellt, den ganzen Ueberschuß aller Kassen zum Bau eines Hauses für verkrüppelte Kinder zu verwenden. Das wäre ja ganz gut, wenn nicht der Pferdefuß nachkäme. Das Haus soll nämlich in oder bei Prag erbaut werden, und natürlich die Verwaltung der Stadt Prag, bestenfalls der des Landes unterstehen. Ist das der Fall, so würde natürlich diese nur tschechisch sein, und die Deutschen würden das leere Nachsehen haben. Die Deutschen wehren sich gegen solche Pläne und verlangen, daß die Ueberschüsse aus deutschen Kassen den Deutschen zugute kommen. So wird vorgeschlagen, ein derartiges Heim in einer deutschen Stadt und eines in Prag zu errichten und diesen Wohltätigkeitsanstalten die jährlichen Ueberschüsse der Waisenkasse, je nachdem sie in deutscher oder tschechischer Gegend gelegen sind, zuzuweisen.

* **Die siebenbürgische Holzfrage.** Die „Universität" der Sachsen und deren Siebenrichter — die politische Scheinvertretung, die man den Sachsen erlassen hat — hatten vor beiläufig acht Jahren beschlossen, einen Teil ihrer Waldungen, die sehr beträchtlich sind, abstocken zu lassen. Nach vielen Beschlüssen der „Universität", die vom Ministerium teils nicht bestätigt, teils abgeändert wurden, so daß die ganze Angelegenheit bald den Anschein gewann, als wolle das Ministerium den Verkauf überhaupt nicht zulassen, weil die Verkaufssumme den sächsischen Schulen zugute kommen sollte, wurde endlich der letzte Beschluß der „Universität" und der Siebenrichter genehmigt. Eine Hermanstadter Gesellschaft erstand das Holz um den Preis von 18 Millionen Kronen. Ein schöner Erlös, der aber leider nur a. T. in sächsische Taschen fließt. Der ungarische König Matthias Corvinus hob die Silberglocke Kirchen in der sächsischen Gemeinde Kerz im Jahre 1477 auf und schenkte deren Besitzungen den Sachsen, damit sie die Grenzwache gegen die Türken genügend besorgen könnten. Es waren meistens Gebirge, die die Sachsen geschenkt erhielten. Ihren Waldbestand haben sie allzeit sorgsam gehütet. Und bis zum Jahre 1876 sind sie auch im unbestrittenen Besitz dieser ihrer Waldungen geblieben. Als aber damals unter dem Ministerium Koloman Tiszas die „sächsische Nation" aufgehoben und das Sachsenland in zwei Komitate aufgeteilt wurde, wurde auch das sächsische Vermögen zum Eigentum aller Bewohner des Sachsenlandes erklärt, also auch der in diesen neuen Komitaten wohnenden Magyaren und Rumänen. Man ließ den Sachsen 60 Proz. ihres bisherigen Vermögens und wandte den Rest den anderen zu. Man beschränkte ferner das Verfügungsrecht der Sachsen über ihr Eigentum, indem man jeden Beschluß der sächsischen „Universität" an die Bestätigung des Ministeriums band. Nur weil heute die Regierung die Sachsen braucht und ihren Austritt aus der Regierungspartei nicht provozieren möchte, hat der diesmalige Universitätsbeschluß die ministerielle Bestätigung erlangt. So kann endlich die so nötige Aufbesserung des sächsischen Mittelschulwesens Platz greifen, denn die erlangte Summe zugewandt wird.

* **Der Hradschin.** Seit einiger Zeit reklamieren die Tschechen den Hradschin, die berühmte Prager Hofburg, die stets unbestritten als Eigentum des kaiserlichen Hofkriegs galt, als Eigentum des Landes Böhmen, um so den letzten Bezirk, in dem es noch deutsche Straßentafeln gibt, in ihre Gewalt zu bekommen, was natürlich den Fremdenverkehr schwer schädigen würde. Das Gutachten von vier hervorragenden tschechischen Universitätsprofessoren lautet aber für die Tschechen durchaus ungünstig. Wenn die Tschechen nicht nachgeben, kann es zu einem Prozeß des Landes gegen das kaiserliche Hofamt kommen.

Frankreich.

* **Preßstimmen über die Reichstagswahlen.** Bei Besprechung der deutschen Reichstagswahl erklärt der „Temps": Die Theorie vom Klassenkampf habe sich in Deutschland ebenswenig überlebt, wie in Italien und England. Dem Erfolg des Zentrums sei wenig Bedeutung beizumessen, weil das Zentrum in den letzten Jahren alles bewilligte, was für Heer und Flotte verlangt wurde. Deshalb sei es auch von der nationalen Erregung, die sich bei der Wahl kundgab, nicht berührt worden. Mehrere Blätter bemerken, daß der Reichskanzler sich künftig auf zwei Mehrheiten stützen könne. Da die Wahlbewegung einen starken, nationalen Charakter hatte, sei damit zu rechnen, daß die Reichspolitik künftig ihre nationale Tendenz verstärken werde. (Das wäre sehr schön.) — Die Clemenceau und Pichon näherstehenden Organe heben hervor, daß Fürst Bülow nun in allen, die nationale Politik berührenden, auswärtigen Fragen an dem künftigen Reichstag eine zuverlässige Stütze haben werde. Ob das deutsche Kaiserreich nach dieser für seine fernere Entwickelung überaus wichtigen Wahlperiode den Frieden nach außen bedeute, werde wesentlich davon abhängen, inwieweit das Zentrum (?), in dessen Reihen sich der Haß gegen Frankreich am hartnäckigsten erhalte, auf die Entschließungen der leitenden Kreise Deutschlands Einfluß zu gewinnen vermöchte. — Diese hanebüchene Redewendung ist natürlich auf die französische Opposition gemünzt, die als „Reichsfeinde" gemalt werden sollen, die eine Einmischung des Auslandes in die innere Politik Frankreichs herbeisehnen.

* **Ein neuer Akademiker.** Kardinal Mathieu wurde in die Akademie aufgenommen, wo er den Sitz des verstorbenen Kardinals Perraud einnimmt. Auf seine Antrittsrede hat Graf d'Haussonville geantwortet.

* **„Die Deutschen im Kongo".** Während der übrige Teil der Pariser Presse bis jetzt von den Verdächtigungen der deutschen Kameruner Regierung durch den „Matin" in keiner Weise Notiz genommen hat, bringt die radikalsozialistische „Aurore" einen Artikel, in dem sie den Kolonialminister Millies-Lacroix heftig angreift. Herr Millies-Lacroix hat kürzlich im „Temps" eine offiziöse Note veröffentlicht, nach der die Mission Cottes, die mit der deutschen Mission die Grenze zwischen Kamerun und Französisch-Kongo festgestellt hat, ihrer Aufgabe in vollem Umfang gerecht hat; die astronomischen und geographischen Untersuchungen seien vorzüglich gelungen, die Grenze sei durch Grenzsteine bezeichnet, und die fremden Kaufleute, die sich auf französischem Gebiet festgesetzt hätten, seien über die Grenze nach Kamerun gewichen. Die „Aurore" bestreitet, wie der „Matin", die Richtigkeit dieser Behauptung. Zwar hätten sich die deutschen Händler während der Kamelenheit der Grenzregulierungskommission für einen Augenblick zurückgezogen, aber sie seien schnell wiedergekommen. Bei diesem Spiel hätten sie im Einverständnis mit dem Führer der deutschen Mission gehandelt. Die französische Regierung, bemerkt die „Aurore" spöttisch, habe offenbar geglaubt, daß die Setzung der Grenzsteine genüge, und daß diese sich selbst Achtung zu verschaffen vermöchten; die Eingeborenen hätten aber in ihrer Einfältigkeit geschlossen, daß die Zurückkommenden die Stärkeren seien. „Wir können", fährt die „Aurore" wörtlich fort, „Dokumente veröffentlichen, die die Resultate der deutschen Propaganda und die Mittel, mit denen die deutschen Kaufleute und Soldaten die tatsächliche Okkupierung eines Landes, in dem sie kein Naturrecht haben, durchsetzen, ins helle Licht stellen würden. — Dieses neue Zurückkommen auf die angeblichen Grenzverletzungen im Süden von Kamerun durch die Deutschen ist deshalb sehr bemerkenswert, weil es sich in einem nichtministeriellen Blatt findet. Bekanntlich war Clemenceau vor dem Senator Kanz Chefredakteur des Blattes. Es entspricht ganz der hinterhältigen Art Clemenceaus, durch ein Blatt, welches er offiziell verleugnet, hinterrücks Deutschland angreifen zu lassen. Wir werden gut tun, weiter unsere Augen offen zu halten.

Holland.

* **Aus dem Parlament.** Die Erste Kammer genehmigte die Errichtung einer niederländischen politischen Vertretung in Marokko. — Der Minister des Aeußeren teilte mit, daß die Beratungen zwischen den deutschen und den niederländischen Ausschuß über die Aufhebung der doppelten Unfallversicherung zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Die Ausschußmitglieder einigten sich über eine vertragsmäßige Regulierung der Angelegenheit.

England.

* **Böschen †.** Der ehemalige englische Minister Georg Joachim Böschen, dessen Tod wir in einem Teil unserer Ausgabe mitgeteilt haben, war der Enkel des bekannten Leipziger Verlags-Gründers, dessen Vornamen er gleichfalls führte. Böschen war am 10. August 1831 zu London geboren als Sohn des Bankiers Wilhelm Heinrich. Er studierte in Oxford und war dann im Bankfache tätig. In den 60er Jahren trat er ins Parlament ein, nachdem er sich durch eine handelspolitische Schrift einen Namen gemacht hatte. Schon nach kurzer Zeit trat er in das liberale Ministerium des Lord Russell ein. Als Vertreter der englischen Gläubiger richtete er 1876 die ägyptische Finanzkontrolle ein und war auch kurze Zeit Botschafter in Konstantinopel. Auch auf münzpolitischen Kongressen vertrat er sein Vaterland. 1886 brach er mit der liberalen Partei wegen Gladstones Homerule-Bill und wurde nun Schatzkanzler im unionistisch-konservativen Kabinett Salisbury. In dessen drittem Ministerium 1895 war er abermals erster Lord der Admiralität, wie schon 1871, trat aber 1900 endgültig aus dem politischen Leben zurück. Bei dieser Gelegenheit erhielt er den Viscountsrang. 1903 hat er eine Biographie seines Großvaters veröffentlicht: ein Beweis, daß die englischen Böschens trotz einer kleinen orthographischen Namensänderung („o" für „ö") ihrer deutschen Abstammung noch heute bewußt sind. Besitzt die Familie doch auch in Deutschland noch jetzt sehr angesehene Träger ihres Namens, nachdem das Leipziger Verlagsgeschäft in andere Hände übergegangen ist. Ein Angehöriger des Hauses Böschen starb erst vor wenigen Jahren zu Harburg als General-Superintendent a. D. und D. theol. in dem seltenen Alter von über 95 Jahren!

Rußland.

* **Attentäterinnen.** Tatjana Leontjew, die russische Studentin, die am 1. September des vergangenen Jahres einen Pariser Rentier namens Müller tötete, den sie für den ehemaligen russischen Minister des Inneren, Durnowo, hielt, wird binnen kurzem von den Berner Geschworenen, die in Thun tagen, abgeurteilt werden. Man glaubt, daß der Prozeß in den ersten Tagen des März beginnen wird. Da die Angeklagte die Tochter des Wirkonsuls von Turgai ist und aus einer Familie stammt, die zahlreiche Beziehungen zu den offiziellen russischen Kreisen unterhält, so ist anzunehmen, daß der Prozeß der jungen Russin weit über die Grenzen der Schweiz Aufmerksamkeit und Interesse erregen wird. Dafür spricht auch der Umstand, daß wichtige Zeugen von Paris erwartet werden, die dartun sollen, unter welchen Einflüssen die Angeklagte ihr Attentat auf den vermeintlichen Durnowo ausgeführt hat. Man nennt als Zeugen unter anderen den bekannten Mitarbeiter des „Ruß", Wladimirow und Semenow, den intellektuellen Urheber der Pogrome, von dem man übrigens sonderbarerweise annimmt, daß er zugunsten der Angeklagten auftreten wird. Tatjana Leontjew wird von einem der hervorragendsten Vertreter des schweizerischen Anwaltstandes, Brustlein, einem Mitglied des Nationalrats, verteidigt werden. Von dem Komplizen Tatjanas, der, wie erinnerlich, am Abend vor dem Attentat nach Paris reiste, fehlt bis jetzt jede Spur. Das einzige, was man von ihm zu wissen glaubt, ist, daß er dem jungen Mädchen von dem Komitee der maximalistischen Partei, der auch Tatjana Leontjew angehört, zur Ausführung des Attentats beigegeben war. — Am 11. Februar beginnt vor dem Petersburger Kriegsgericht der Prozeß gegen zwei junge Mädchen, Natalie Kitmowa, 20 Jahre alt, und Nadeshda Terentjewa, 26 Jahre alt, die beide in der Trubetzkoibastion der Peter-Paul-Festung wegen Vorbereitung eines Attentats auf den Premierminister Stolypin auf der Apotheberinsel im August vorigen Jahres interniert sind. Die erstere der beiden angeklagten Mädchen soll den beim Attentat umgekommenen Verbrechern Gendarmenuniformen, die sowie den Wagen zur Flucht nach dem Landhaus besorgt haben. Beide haben auf Verteidigung verzichtet, da sie davon überzeugt sind, daß sie zum Tode verurteilt werden.

* **Das neue Regierungsprojekt für die allgemeine Volksbildung.** Der russische Minister für Volksaufklärung, Senator v. Kaufmann, unterbreitete dem russischen Ministerrat ein neues Projekt für die Einführung der allgemeinen Volksbildung. Allen Kindern beiderlei Geschlechts muß die Möglichkeit geboten werden, einen abgeschlossenen Lehrkursus in einer richtig organisierten Schule durchzumachen, sobald sie das schulpflichtige Alter erreicht haben; die Pflicht, eine genügende Anzahl von Schulen, entsprechend der Zahl der schulpflichtigen Kinder zu eröffnen, liegt der Ortsverwaltung ob; die normale Dauer des Unterrichts in der Volksschule beträgt 4 Jahre; die normale Anzahl der auf einen Lehrer kommenden Schüler beträgt 50; jede Volksschule muß zwei Lehrer, davon einen Geistlichen, entsprechende Räumlichkeiten und Hilfsmittel für den Unterricht anweisen und die Kinder unentgeltlich unterrichten. Der von der Selbstverwaltung ausgearbeitete Plan muß dem Unterrichtsministerium vorgelegt werden; wenn dieser ihn gutheißt, wird eine entsprechende Subvention bewilligt, wobei auf je 50 Schulkinder höchstens 300 Rubel kommen dürfen; das Minimalgehalt des Lehrers beträgt 360 Rubel, das des Geistlichen 60 Rubel. Alle übrigen Ausgaben werden von der Ortsverwaltung festgestellt und aus den örtlichen Einkünften bestritten. Die Subvention des Ministeriums darf die Rechte der Schulleiter nicht einschränken. Die Ortsverwaltung übt die Organisation und die unmittelbare Verwaltung der Volksschulen in dem gesetzlich vorgeschriebenen Umfange aus. Im Ueberschuß wird den ständischen und sonstigen gesetzlichen Organisationen, sowie Privatpersonen seitens des Ministeriums eine ebensolche Subvention gewährt wie den Ortsverwaltungen. Das neue Regierungsprojekt für die allgemeine Volksbildung in Rußland weicht nur wenig von den bisherigen diesbezüglichen Regierungsprojekten ab und hat auch, wenn man die jetzige Stimmung in den beteiligten russischen Kreisen berücksichtigt, leider nur zu wenig Aussicht, in dem von der russischen Bevölkerung gewünschten Sinne bald durchgeführt zu werden. Es sei denn, daß die kommende Reichsduma ein entschiedenes Wort sprechen wird, um die allgemeine Volksbildung in Rußland schnell und in zweckmäßiger Weise einzuführen.

Türkei.

* **Personalien.** Zum Wali von Trapezunt wurde Ziver-Bei, Direktor der Kultusabteilung im Justizministerium, zum Wali von Kosia der Wali von Trapezunt, Reschad-Effendi, zum Wali von Monastir der Gouverneur von Siga, Hilmi-Pascha, ernannt.

Griechenland.

* **Italien und Griechenland.** Dem Besuche des Königs von Italien beim König von Griechenland in Athen, der für Anfang April in Aussicht genommen ist, muß eine gewisse politische Bedeutung beigemessen werden, wenn es sich auch zunächst bei diesem Gegenbesuche um einen Höflichkeitsakt des Königs Vittor Emanuel dem König Georg gegenüber handelt. Es bereitet sich ganz offenkundig eine bedeutende Annäherung zwischen Italien und Griechenland vor, und daß eine solche für die Verhältnisse im Orient nicht gleichgültig sein kann, erscheint selbstverständlich. Schon nach dem vorjährigen Besuche des Königs von Griechenland in Rom wurde davon gesprochen, daß dieser sich der Unterstützung Italiens bei den verschiedenen Aspirationen Griechenlands versichern wolle, und nun geht es sich, daß die Erreichung dieses Zieles sich auf dem besten Wege befindet. Man darf daher auf die weiteren Ergebnisse des Besuches des Königs von Italien in Athen gespannt sein.

China.

* **Der Dalai Lama.** Die unter eigenartigen Verhältnissen vor sich gehende Rückkehr des Dalai Lama nach Lhassa, dem die Russen eine so mollige Stätte in Urga bereitet hatten, wo er während seines unfreiwilligen Aufenthalts neben zahlreichen wertvollen Gegenständen, einer großen Menge von Waffen und Munition auch ein Kapital von etwa 20 Millionen Mark gesammelt hat, lenkt wiederum die Aufmerksamkeit auf den Oberpriester der Lamaiten. Kaum mit seiner Rückkehr nach Tibet auch ein energisches Vorgehen der Engländer erwartet wird. Was den Dalai Lama selbst betrifft, so befindet er sich jetzt in der vierzehnten Wiedergeburt und hält einen jungen vornehmen Tibetaner vor, mit dunklen, klugen Augen. Das Gesicht, mit Pockennarben gezeichnet, trägt Spuren emsiger Arbeit. Das leibliche Gleichgewicht des Dalai Lama ist durch das Vorgehen der Engländer stark ins Schwanken gekommen, so daß er nervös und gereizt ist. Der Dalai Lama schläft sehr wenig; schon beim ersten Morgengrauen steht er auf, und erst um Mitternacht geht er zur Ruhe. Tagsüber beschäftigt er sich mit religiösen, aber auch mit weltlichen Angelegenheiten. Der Oberpriester bewohnt in Urga ein kleines hübsches Häuschen, das aus dem Erdgeschoß und einem Stockwerk besteht. Oben befinden sich das Arbeits- und Schlafzimmer und unten die Empfangsräume. Der Hofstaat Dalai Lamas zählt sämtliche Personen, darunter die Höhne Priester. Tagsüber ist der Dalai Lama von zwei Ministern und zwei Sekretären ständig umgeben, während sein vertrauter Diener und zwei bis drei junge Tibetaner Nachtwache halten. Die ganze Hofhaltung Dalai Lamas zeichnet sich durch die Beobachtung besonders strenger Vorschriften aus. Als vorzüglicher Redner, ausgezeichneter Denker und Kenner der buddhistischen Philosophie ist das Oberhaupt der buddhistischen Kirche gleichzeitig ein hervorragender Diplomat, der stets um das Wohl des ihm ergebenen Volkes besorgt ist. Seit seiner Thronbesteigung hat der jetzige Dalai Lama die Todesstrafe abgeschafft, die Beamtenwillkür zu zügeln gewußt, die Volksbildung bedeutend gehoben rc. Sieht man in Betracht, welch lebhaftes Interesse die russische Regierung an dem Dalai Lama hat, und wie dieser selbst von der chinesischen Regierung unterstützt wird, dann darf man wohl annehmen, daß alle von den Engländern gegen den zeit nach Lhassa zurückkehrenden Dalai Lama gesponnenen Intrigen resultatlos verlaufen werden.

Kongostaat.

* **Kommandant Lemaire.** Die Zurückberufung des Kommandanten Lemaire, der dieser Tage sich einschiffen sollte, um als Beauftragter des Kongostaats die Grenzregulierungen zwischen diesem und dem englischen Gebiet im Norden im Verein mit dem britischen Kommissar durchzuführen, hat in ganz Belgien ungemeines Aufsehen erregt; und da die Behörden sowohl wie der Offizier sich noch in Schweigen hüllen, haben Gerüchte freien Raum. Soweit sich erkennen läßt, ist der in letzter Stunde erfolgte Entschluß der Kongostaatsbehörden erfolgt, weil sie eine Reihe schwerer Mißgriffe des Kommandanten während seiner letzten Expedition nach dem Bahr-el-Ghazal in Erfahrung gebracht und daher seine Persönlichkeit für ungeeignet zur Ausführung der neuen Mission befunden hatten. Unter den eingeborenen Mitgliedern jener Expedition, die bekanntlich zu einer scharfen Spannung zwischen den Behörden des Kongostaats und des britischen Sudans führte, war solche Disziplinlosigkeit ausgebrochen, daß Lem